

SoVD übt scharfe Kritik an Kabinettsbeschluss zum Behindertengleichstellungsgesetz

Fernab der Lebenswirklichkeit

Nach 15 Jahren wurde das Thema endlich angefasst, aber ein großer Wurf ist es nicht: die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG). Die Neuerungen, die die Bundesregierung in ihrer Kabinettsitzung am 13. Januar beschlossen hat, gehen an der Lebenswirklichkeit von Menschen mit Behinderung vorbei, kritisiert der Sozialverband Deutschland (SoVD). Der SoVD bemängelt vor allem, dass die Privatwirtschaft auch künftig nicht zur Barrierefreiheit verpflichtet werden soll und dass in den Bereichen Internet, Verkehr und Freizeit keine spürbaren Verbesserungen zu erwarten sind. „Von Ausnahmen abgesehen, ist diese Reform ein Schmalspurbeschluss“, stellt SoVD-Präsident Adolf Bauer fest. „Von dem Grundrecht auf Teilhabe, zu dem sich die Bundesrepublik mit der Unterzeichnung der Behindertenrechtskonvention verpflichtet hat, bleiben wir damit weit entfernt.“

Laut Teilhabebericht der Bundesregierung leben in Deutschland mehr als 7,5 Millionen Menschen mit einer Schwerbehinderung. Mit Einschränkungen aufgrund körperlicher, überwiegend altersbedingter Einschränkungen müssen weitere 17 Millionen Bürgerinnen und Bürger

Anzeige



Unsere Berater finden für Sie die passende Sterbegeldversicherung!

Entlasten Sie Ihre Angehörigen und decken alle Kosten ab!

- ✓ Aufnahme bis zum 85. Lebensjahr
- ✓ Keine Gesundheitsfragen
- ✓ Keine Wartezeiten
- ✓ Günstiger Gruppentarif für VVS-Versicherte

Jetzt kostenlos beraten lassen.

030 - 726 222 401

www.vvs-ag.com | info@vvs-ag.com



Foto: amelaxa/fotolia

Freizeit mit der Familie bedeutet Teilhabe – barrierefreie Spielplätze besitzen jedoch Seltensheitswert.

zurechtkommen. Mangelnde Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erfahren sie jedoch überwiegend dadurch, dass sie in ihrer Umwelt von unnötigen Barrieren behindert werden.

Berechtigter Anspruch auf vollständige Teilhabe

„Menschen mit Behinderung möchten arbeiten, wohnen, mobil sein, Einkäufe erledigen, kulturelle Angebote wahrnehmen, kommunizieren und Freizeit erleben – und sie haben einen Anspruch darauf“,

sagt SoVD-Präsident Adolf Bauer. „Im Alltag scheitern sie jedoch häufig bereits an der Höhe des Geldautomates oder an unüberwindbaren Barrieren im Internet. Dies ist im 21. Jahrhundert nicht mehr hinzunehmen“, so der Verbandspräsident.

Der SoVD fordert deshalb seit Langem eine umfassende gesetzliche Regelung unter anderem zur Barrierefreiheit im Internet, beim Zugang zu öffentlichen und privaten Gebäuden, bei der Nutzung von

Verkehrsanlagen und Verkehrsmitteln.

Aus Sicht des Verbandes müssen private Rechtsträger dabei zwingend in die gesetzliche Verpflichtung zur Barrierefreiheit einbezogen werden, damit auch private Güter und Dienstleistungen für Menschen mit Behinderung vollumfänglich zugänglich sind.

UN-Fachausschuss: Private Unternehmen einbeziehen

Bei dieser Forderung beruft **Fortsetzung auf Seite 2**



Blickpunkt

Die soziale Ungleichheit in Deutschland nimmt zu. Jüngsten Berichten zufolge konzentriert sich inzwischen mehr als die Hälfte des privaten Gesamtvermögens auf zehn Prozent der Haushalte. Nur über ein Prozent des deutschen Nettovermögens verfügen dagegen die unteren 50 Prozent der Haushalte. Die Zahlen basieren auf Daten des Bundessozialministeriums. Sie belegen eine Entwicklung, vor der der SoVD schon lange warnt: die wachsende Kluft zwischen

Arm und Reich. Denn der vielgerühmte Wohlstand kommt längst nicht bei allen an. Zwar steigt die Zahl extrem gut Verdienender, gleichzeitig schrumpft jedoch die stabilisierende Mittelschicht. Gering Qualifizierte, ältere Arbeitsuchende und Menschen mit Behinderung haben es immer schwerer, einen Job zu finden. Langzeitarbeitslose kämpfen nicht nur mit Geldsorgen; es fehlt ihnen an Selbstwertgefühl und Anerkennung. Und immer mehr Menschen gelten als arm – unter

ihnen verstärkt Kinder, Alleinerziehende sowie Rentnerinnen und Rentner. Soziale Ungleichheiten wirken sich auf die Teilhabe und die Lebenschancen der Einzelnen aus. Sie fördern zudem gesellschaftliche Konflikte. Wir fordern deshalb nachdrücklich, dass die Gesamtheit der Steuerpflichtigen stärker als bisher in Anspruch genommen wird – für einen gerechten Sozialstaat, in dem alle in Würde leben können!

Adolf Bauer
SoVD-Präsident

„Bäumchen wechsle dich“ für Versicherte?

Krankenkassen erhöhen Zusatzbeiträge – nicht immer lohnt die Kündigung

Seite 3



Strafe auch ohne körperliche Gegenwehr

SoVD fordert Reform des Sexualstrafrechtes

Seite 5



Reform von Berufen in der Pflege

Bundesregierung will Ausbildung von Pflegekräften vereinheitlichen

Seite 4



Engagement für Kinder in Not

Jürgen Klinsmanns Stiftung Agapedia leistet Hilfe

Seite 24

Alles beginnt mit einer verrückten Idee

Zwei junge Männer gründen die „Sozialhelden“

Seite 7

